

POLICY PAPER

E L S E
F R E N K E L -
B R U N S W I K
I N S T I T U T

FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN
AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

EFBI POLICY PAPER 2022-2

JOHANNES KIESS, NIKOLAS DIETZE,
SOPHIE BOSE

KONTAKT

PIA SIEMER
T: +49 341 97-37892
M: PIA.SIEMER@UNI-LEIPZIG.DE

SITUATIONSWAHRNEHMUNGEN DER PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRA- TIE UND MODELLPROJEKTE IN SACHSEN 2021

ABSTRACT

Das vorliegende Policy Paper fasst Beschreibungen und Einschätzungen der Partnerschaften für Demokratie (PfD) und der Träger der ebenfalls vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten Modellprojekte im Freistaat Sachsen auf Grundlage einer explorativen Befragung erstmals zusammen. In dieser Weise sollen in Zusammenarbeit mit dem Demokratie-Zentrum Sachsen (DZ) künftig regelmäßig demokratiegefährdende Entwicklungen und Herausforderungen für die Zivilgesellschaft und die kommunale Verwaltung, aber auch innovative Projekte und Erfolge landesweit erfasst werden. Das Gesamtbild der anonymisierten Antworten soll einerseits zum Diskussionsprozess unter den Trägern selbst beitragen. Andererseits sollen die Leistungen wie auch die Wahrnehmungen der PfD und Modellprojekte für die Zivilgesellschaft sowie die Landes- und Kommunalpolitik sichtbar gemacht werden. Die Arbeit der PfD

wie auch der Modellprojekte fußt auf einer engen Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren aus Verwaltung und Zivilgesellschaft. Umso mehr können die gebündelte Expertise und das Vor-Ort-Wissen, wie es in diesem Bericht zusammengetragen wurde, zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft beitragen.

EXECUTIVE SUMMARY

Das vorliegende Policy Paper stellt Ergebnisse einer im November 2021 durchgeführten Befragung der sächsischen Partnerschaften für Demokratie (PfD) und Modellprojekte zu demokratiegefährdenden Vorkommnissen vor Ort sowie zu Herausforderungen ihrer Arbeit vor. Die Befragung soll künftig jährlich umgesetzt und ausgewertet werden.

Unsere Auswertung bestätigt, dass die extreme Rechte die größte Bedrohung für die Demokratie in Sachsen darstellt. Die Bedrohungslage ist aus Sicht der PfD in den vergangenen zwei Jahren entweder gleichgeblieben oder hat sich sogar intensiviert. Dies gilt für beobachtete Übergriffe, Demonstrationen und weitere Aktivitäten extrem rechter Parteien und Organisationen. Nach Einschätzung der PfD tritt die Partei Freie Sachsen derzeit als einer der aktivsten Akteure auf. Neben bekannten extrem rechten Akteuren beobachten die Befragten auch in der Breite der Gesellschaft rassistische, antisemitische oder auch LGBTIQ-feindliche Einstellungen sowie Angriffe von auf den ersten Blick „bürgerlich“ erscheinenden Personen. Gleichzeitig sind die Aktivitäten – verstärkt durch die Teilnahme extrem rechter Akteure an Corona-Protesten – flächendeckend im Freistaat zu beobachten. Die Befragten nehmen Rechtsextremismus also eindeutig nicht als Randphänomen wahr.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich Befragte selbst tendenziell für handlungsfähiger halten, wenn sie eine höhere Bedrohung wahrnehmen. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus befördert demnach möglicherweise die Mobilisierung der demokratischen Zivilgesellschaft. Allerdings wird häufig von einer gleichgültigen Haltung der Mehrheit der Bürgerschaft gegenüber dem Auftreten der extremen Rechten berichtet, auch wenn durchaus Sensibilität vorhanden sei. Die Befragten beschreiben gleichzeitig eine vermehrte Polarisierung zwischen Unterstützung und Ablehnung extrem rechter Aktivitäten. Ein Teil der Befragten berichtet zudem von Kooperationen extrem rechter Akteure mit Vertreterinnen und Vertretern aus Stadt- und Gemeinderäten. Diese gehören in den meisten Fällen selbst der AfD, der NPD oder den Freien Sachsen an.

Vorfälle linker Militanz und aus der islamistischen Szene werden vereinzelt ebenfalls beobachtet, spielen aber im Vergleich zum Rechtsextremismus eine klar untergeordnete Rolle.

Ein positives Ergebnis ist, dass die eigene Handlungsfähigkeit als relativ gut eingeschätzt wird, wobei diese Bewertung bei den Modellprojekten noch einmal deutlich höher ausfällt als bei den PfD. Als größte Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Partnerschaften wird Bürokratie, insbesondere die in Teilen als praxisfern erlebten Vorgaben des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, benannt, gefolgt von der Corona-Pandemie und Personalknappheit insbesondere im ländlichen Raum. Die Handlungsfähigkeit und (selbst wahrgenommene) Wirksamkeit hängen darüber hinaus stark von ihrem Umfeld ab: PfD und Modellprojekte sind auf eine offene Bürgerschaft genauso angewiesen wie auf eine unterstützende Kommunalverwaltung.

Unsere Befragung identifiziert als wichtigste Bedarfe eine nachhaltige Strukturförderung, personelle Kontinuität und im ländlichen Raum sogar personelle Verstärkung sowie den Abbau bürokratischer Hürden. Darüber hinaus äußerten die Befragten den Wunsch nach

einem verstärkten landesweiten Austausch über bewährte Erfahrungen, der Entwicklung landkreisweiter Jugendbeteiligungs- und Handlungsstrategien, etwa gegen Verschwörungsideologien, und einem sachsenweiten Online-Monitoring extrem rechter Mobilisierung.

HINTERGRUND: PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE UND MODELLPROJEKTE IN SACHSEN

Die Partnerschaften für Demokratie (PfD) sind lokale Zusammenschlüsse aus der aktiven Zivilgesellschaft mit der kommunalen Verwaltung und Politik, die das demokratische, zivilgesellschaftliche Engagement fördern und stärken sollen. Sie werden über das im Jahr 2014 eingerichtete Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Am Ende der letzten Förderperiode, die von 2015 bis 2019 reichte, gab es bundesweit 300 Partnerschaften für Demokratie und damit 100 mehr als zu Beginn. Seit 2020 läuft die bis 2024 angesetzte zweite Förderperiode. Auf der Onlinepräsenz des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sind aktuell bundesweit 339 Partnerschaften für Demokratie aufgelistet. Die Schwerpunkte des Bundesprogramms liegen auf der Förderung und Unterstützung des lokalen demokratischen Engagements gegen Menschenfeindlichkeit und für ein vielfältiges, gewaltfreies Miteinander, der Stärkung dortiger Beratungs- und Koordinierungsarbeit sowie der Initiierung von breiter Bürgerbeteiligung (BMFSFJ, 2020a, 14; BMFSFJ, 2020b, 3). PfD verfügen über drei eigene Fördertöpfe (Aktions- und Initiativfonds, Öffentlichkeitsarbeits- und Vernetzungsfonds, Jugendfonds) zur Finanzierung lokaler Demokratie-, Beteiligungs- und Bildungsprojekte.

Jede PfD wird verwaltet von einer zuständigen Person im federführenden Amt (FA), häufig das Jugend- oder Sozialamt, und einer meist mit einer Person besetzten und in der Regel bei einem freien Träger angesiedelten externen Koordinierungs- und Fachstelle (KuF), die als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung fungiert. Die Entscheidungsgremien der PfD sind die ehrenamtlichen Begleitausschüsse (BGA), in denen Verwaltung, Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft und Jugendforum vertreten sind. Die 24 derzeit in Sachsen existierenden regionalen und lokalen Partnerschaften sind zwar geografisch in allen zehn sächsischen Landkreisen und drei kreisfreien Städten zu finden, doch existieren innerhalb des Landkreises Zwickau und im Erzgebirgskreis nach wie vor weiße Flecken. Daher kann (noch) nicht von einer flächendeckenden bzw. sachsenweiten Abdeckung gesprochen werden. Zugleich weisen die Struktur, die Möglichkeiten und die Wirksamkeit der einzelnen PfD durchaus Unterschiede auf. So kann gerade für die großen Flächenlandkreise konstatiert werden, dass der tatsächliche Bedarf bisher noch nicht vollständig abgedeckt werden kann.

Neben den PfD werden in Sachsen außerdem 16 Modellprojekte gefördert. Hierbei steht der Aufbau, die Weiterentwicklung und die Erprobung verschiedener Konzepte der Demokratiestärkung im Vordergrund. In Sachsen gibt es in allen drei Handlungsfeldern des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ – Vielfaltsgestaltung, Demokratieförderung und Extremismusprävention – Modellprojekte. Zum Beispiel führt das von der Amadeu Antonio Stiftung (AAS) entwickelte Projekt „debunk. Verschwörungstheoretischem Antisemitismus

entgegenzutreten“ vor allem in Nordsachsen, im Vogtlandkreis und im Landkreis Bautzen Fortbildungen durch und unterstützt den Aufbau zivilgesellschaftlicher, demokratischer Netzwerke. Das Projekt „Demokratie GANZtags“ in Dresden und in den Landkreisen Mittelsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Bautzen und Meißen geht Kooperationen mit Schulen ein und entwickelt neue Inhalte für deren Ganztagsangebote. Als Anlaufstelle sowohl für die Modellprojekte als auch die Partnerschaften fungiert das Demokratie-Zentrum im Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sächsische PfD und Modellprojekte kommen in der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Vielfalt zusammen, die als ihre Interessensvertretung auf Landes- und Bundesebene fungiert. Zwei Vertreter der Modellprojekte und eine Vertreterin der PfD bilden derzeit den Sprecher:innenrat der LAG Vielfalt.

Seit 2017 befragt das Demokratie-Zentrum die PfD und Modellprojekte zu demokratiegefährdenden Vorkommnissen in ihren Regionen sowie zu den Herausforderungen und Schwierigkeiten ihrer Arbeit. Das Else-Frenkel-Brunswick-Institut für Demokratieforschung an der Universität Leipzig hat sich im Herbst 2021 in die Durchführung dieser Befragung eingebracht und diese in Zusammenarbeit mit dem Demokratie-Zentrum sowie den Vertreterinnen und Vertretern der PfD und der Modellprojekte zu einem Screening-Instrument weiterentwickelt. Ausgangspunkt war der Wunsch, über standardisierte Indikatoren eine bessere Vergleichbarkeit zu erreichen und so künftig auch Entwicklungen im Zeitverlauf besser darstellen zu können. Gleichzeitig sollten offene Fragen integriert werden, um best practices, neue oder geplante Projekte sowie konkrete Bedrohungen und demokratiegefährdende Tendenzen zu erfassen.

VORGEHEN UND DATENGRUNDLAGE

Die Befragung wurde online über das Beteiligungsportal des Freistaats Sachsen durchgeführt. Je eine Ansprechperson in den Partnerschaften wurde im November 2021 aufgefordert, den Fragebogen anonym zu beantworten. Die Befragung spiegelt damit die Einschätzungen im Spätherbst 2021 wider, was bei der Interpretation berücksichtigt werden sollte. 19 der zu diesem Zeitpunkt tätigen 23 Pfd und acht der 16 Modellprojekte nahmen teil. Um die Anonymität der Befragten zu schützen, werten wir die Daten so aus, dass Rückschlüsse auf einzelne Träger nicht möglich sind. Aus diesem Grund legen wir auch nicht offen, welche Pfd und Modellprojekte in diesem Jahr nicht teilgenommen haben. Die Antworten wurden an der Universität Leipzig aufbereitet und ausgewertet. Wir danken an dieser Stelle allen, die an der Befragung teilgenommen haben für ihr Vertrauen und ihre Bereitschaft mitzuwirken.

Abbildung 1 und Tabelle 1 bieten einen Überblick über die bestehenden Pfd. Zwar sind die Pfd (fast) überall in Sachsen vorhanden, jedoch ist, wie die Analyse zeigen wird, die Handlungsfähigkeit nicht gleich verteilt. Als Partnerschaften zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung leben sie nicht nur vom Engagement und Kooperationswillen der beteiligten Akteure und Einzelpersonen, sondern auch von der Akzeptanz in der Bevölkerung. Diesem Aspekt werden wir uns in unserer Auswertung deshalb unter anderem zuwenden.

Zu den aktuell 16 Modellprojekten in Sachsen, die in Tabelle 2 aufgelistet sind, ist anzumerken, dass diese nur regional und vor allem auch zeitlich begrenzt arbeiten (können). Dass die Förderung der Zivilgesellschaft in den meisten Fällen nur projektbezogen und immer wieder unter dem Vorbehalt von Kürzungen steht, wird vielfach kritisiert. Nach Ende der ersten Förderperiode 2019 veröffentlichten 120 Organisationen aus der Zivilgesellschaft

und ebenso viele Privatpersonen einen offenen Brief an Franziska Giffey, die damalige Schirmherrin des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, in dem sie unter anderem mehr Geld für die Modellprojekte und eine bessere Verteilung der Mittel forderten (vgl. AAS, 2019). Auch der Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung der Pfd zählt in seiner bundesweiten Evaluation begrenzte finanzielle und zeitliche Ressourcen zu den größten Problemen, die durch die jeweiligen Projektträger genannt werden (vgl. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, 2019, 244). Von Aktiven wird zudem häufig moniert, dass trotz funktionierender Ansätze ein Innovationszwang bestehe. Dies führt dazu, dass gut laufende Projekte immer wieder neu „verpackt“ werden müssen, um gefördert zu werden. Wir werden in der folgenden Analyse untersuchen, ob und wie sich strukturelle und finanzielle Faktoren auf die Arbeit und die Situationswahrnehmungen der Pfd und Modellprojekte auswirken.

Befragt wurden die Vertreterinnen und Vertreter zu Aspekten der (selbst wahrgenommenen) Handlungsfähigkeit, zu eigenen erfolgreichen Projekten und zu möglichen Herausforderungen für die Arbeit sowie vor allem zur wahrgenommenen Bedrohungslage. Gepaart mit der Verteilung der Partnerschaften über den Freistaat wird uns damit eine für die Praktikerinnen und Praktiker vor Ort relevante Einschätzung der Lage in Sachsen möglich, was die Mobilisierung der extremen Rechten in den Regionen, die thematischen Schwerpunkte solcher Mobilisierung und Aktionsformen sowie darüber hinausgehende Bedrohungen anbelangt. Die so erfassten Situationswahrnehmungen der Pfd und Modellprojekte können der Diskussion untereinander wie auch der Kommunikation gegenüber Verwaltung, Kommunalpolitik und auch Bevölkerung dienen.

ABBILDUNG 1

VERTEILUNG DER PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE IM FREISTAAT SACHSEN

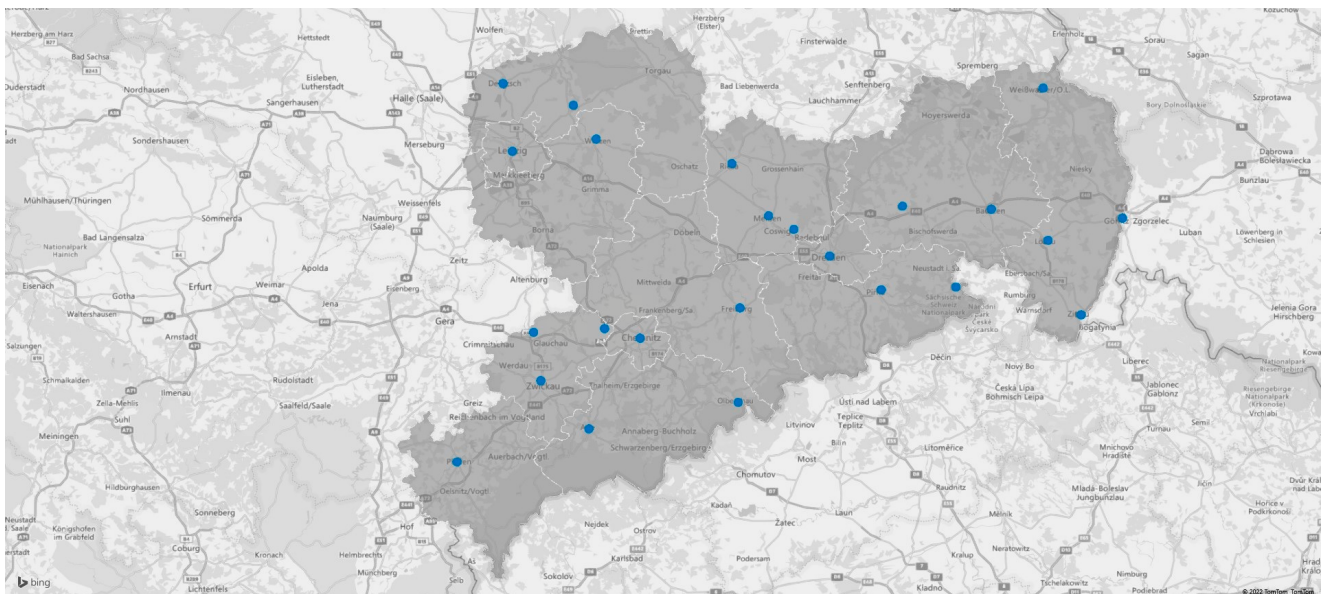


TABELLE 1

LISTE DER DERZEIT AKTIVEN PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE IM FREISTAAT SACHSEN

	Partnerschaften für Demokratie
1	Aue-Bad Schlema, Löbnitz und Schneeberg
2	Bautzen (Stadt)
3	Bautzen (Landkreis)
4	Chemnitz
5	Coswig, Radebeul, Radeburg, Diera-Zehren, Klipphausen, Moritzburg, Niederau und Weinböhla
6	Dresden
7	Eilenburg, Bad Dübén und Gemeinde Laußig
8	Görlitz (Stadt)
9	Görlitz (Landkreis)
10	Leipzig (Stadt)
11	Leipzig (Landkreis)
12	Limbach-Oberfrohna
13	Meerane
14	Meißen
15	Mittelsachsen (Landkreis)
16	Nordsachsen (Landkreis)
17	Olbernhau und Umland
18	Riesa und kommunale Partner
19	Sebnitz, Bad Schandau und Hohnstein
20	Sächsische Schweiz und Osterzgebirge
21	Vogtlandkreis (Landkreis)
22	Weißwasser/Oberlausitz
23	Zittau
24	Zwickau

TABELLE 2

LISTE DER DERZEIT AKTIVEN MODELLPROJEKTE IM FREISTAAT SACHSEN

	Modellprojekt
1	Awareness im Veranstaltungskontext
2	Couragierte Kinder - Ein demokratiefördernder Ansatz für pädagogische Fachkräfte im Kindesalter
3	Das geht! Demokratie und Antidiskriminierung in der Ausbildung sozialer Berufe
4	debunk. Verschwörungstheoretischem Antisemitismus entgegenzutreten
5	Demokratie GANZtags
6	Gemeinsam starkgemacht - für eine vielfältige und demokratische Jugend
7	„Gibt's doch gar nicht“ (Sensibilisierung für antisemitische Einstellungen und Diskriminierungen in der Gegenwart)
8	Gute Gewalt - schlechte Gewalt?
9	JugendStil - Teilhabe und Mitgestaltung junger Migrant*innen in Ostdeutschland
10	neue unentdeckte narrative 2025 (NUN)
11	Prisma Sachsen - Radikalisierung erkennen, Deradikalisierung begleiten, Kompetenzen bündeln
12	ReMoDe - Regional und Mobil für Demokratie
13	spreu x weizen. Nachrichten kritisch denken.
14	(Un)sichtbarkeit in der Migrationsgesellschaft
15	Zukunft gestalten - geschlechtliche Vielfalt (er)leben
16	Zusammenspiel (Gemeinsam mehr erreichen -Ressourcenorientierte Elternaktivierung zur Stärkung kindlicher Kompetenzen und eines demokratischen Gemeinwesens)

WAHRNEHMUNG DER EIGENEN HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Im Folgenden stellen wir ausgewählte Ergebnisse der Befragung vor. Die Darstellung beruht auf drei Elementen: Zum einen blicken wir deskriptiv-quantifizierend auf Antworthäufigkeiten. Zum anderen nehmen wir auch in eigenen Worten gegebene Antworten auf, die einen qualifizierenden Einblick in die Situationswahrnehmungen erlauben. Des Weiteren haben wir einfache statistische Berechnungen durchgeführt, um Vermutungen hinsichtlich des Zusammenhangs verschiedener Variablen zu überprüfen. Komplexere Berechnungen sind auf Grund der niedrigen Fallzahl nicht sinnvoll möglich, unser Vorgehen eröffnet aber dennoch eine neue Perspektive auf die Situationswahrnehmungen und die wichtige Arbeit der Modellprojekte und PfD in Sachsen.

EINSCHÄTZUNG DER HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Trotz der durch die Corona-Pandemie erheblich erschwerten Bedingungen haben die befragten Modellprojekte und PfD im vergangenen Jahr eine Vielzahl von

erfolgreichen Projekten, Beratungen und Begleitungen umgesetzt und berichten von aktiver Vereins- und Bündnisarbeit. Die Bandbreite reicht von theaterpädagogischen Schulprojekten zu Rassismus und Demokratie, Gewaltpräventionsprojekten an Schulen, historisch-politischen Bildungsreisen und Politik-Planspielen mit Jugendlichen über Ausstellungen, Kampagnen und Veranstaltungen (zum Beispiel zum 3. Oktober und zum 9. November) oder Aktionen und Diskussionsrunden im Vorfeld der Bundestagswahlen bis hin zu Austausch- und Begegnungsangeboten und integrativer Stadtteilarbeit sowie intensiver Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Angebote der PfD und Modellprojekte sind der lokalen Bevölkerung größtenteils zumindest bekannt. Nur eine befragte Person gab an, dass die eigenen Angebote einem breiten Publikum nicht bekannt seien; allerdings stellen auch nur wenige ein breites Interesse und eine breite Teilnahme fest. Die Mehrheit der Befragten sieht bei einem Teil der Bevölkerung Interesse an den eigenen Angeboten (siehe Tabelle 3).

TABELLE 3

WIE WERDEN IHRE PROJEKTE UND VERANSTALTUNGEN IN DER BÜRGERSCHAFT AUFGENOMMEN?
(EINFACHAUSWAHL, N = 27)

Antwortmöglichkeit	Fallzahl	Prozent
Breites Interesse und Teilnahme	5	18,5
Interesse bei einem Teil	21	77,8
Angebote sind breitem Teil nicht bekannt	1	3,7

Ein positives Ergebnis der Befragung betrifft die Einschätzung der eigenen Handlungsfähigkeit. Keine teilnehmende Person bewertet die eigene Handlungsfähigkeit als schlecht oder sehr schlecht. Elf Befragte wählten die mittlere Kategorie („teils-teils“), 13 schätzten die eigene Handlungsfähigkeit als gut ein, fünf als sehr gut. Dabei fällt die Einschätzung der eigenen Handlungsfähigkeit bei den Modellprojekten im Vergleich zu den PfD deutlich besser aus: Gemessen auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut) liegt der Durchschnittswert bei 3,579 (PfD) bzw. 4,375 (Modellprojekte) und damit bei den Modellprojekten um etwa 0,8 Punkte höher. Die Antwortmöglichkeiten sehr schlecht, schlecht und teils-teils wurden von den Modellprojekt-Verantwortlichen dabei gar nicht ausgewählt. Nimmt die PfD oder das Modellprojekt ein höheres Bürgerinteresse an der eigenen Arbeit war, steigt auch die selbstwahrgenommene Handlungsfähigkeit (statistisch signifikante, positive Korrelation). Welche weiteren Faktoren die eigene Handlungsfähigkeit nach Ansicht der Befragten einschränken, wird im Folgenden ausführlich dargestellt werden. Die befragten Vertreterinnen und Vertreter der PfD merken dabei an, dass es eher zu punktuellen und nicht zu generellen Beeinträchtigungen der Handlungsfähigkeit käme, die sich jeweils auf einen konkreten Arbeitsbereich der vielfältigen Betätigungsfelder bezögen.

BÜROKRATIE ALS LIMITIERENDER FAKTOR

Ein wesentlicher Faktor, der die Handlungsfähigkeit der PfD stark beeinflusst und von nahezu allen Befragten bemängelt wird, ist das hohe Maß an Bürokratie (siehe Tabelle 4). Diese Hürde sorgt auch für die meisten Schwierigkeiten bzw. Probleme bei der finanziellen Förderung der Projekte. Abgesehen von einem Hinweis auf geforderte SMART-Ziele – ein Kriterienraster zur Definition erreichbarer und überprüfbarer Ziele (spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch, terminiert) –, die für die PfD-Arbeit als nicht sinnvoll bewertet werden, blieb in unserer Befragung zunächst unklar, wo hier im Einzelnen die Schwierigkeiten liegen. In den zukünftigen Befragungen zu den Situationswahrnehmungen soll deswegen gezielter erhoben werden, welche konkreten Probleme in diesem Bereich bestehen und wie sich diese gegebenenfalls beheben lassen.

Von den teilnehmenden Modellprojekten wird Bürokratie interessanterweise nur von einer Minderheit als Hemmnis bewertet. Abgesehen von der Pandemie werden hier keine weiteren Einschränkungen der Handlungsfähigkeit genannt.

Die Tabelle zeigt weitere Faktoren, die den befragten PfD und Modellprojekten zufolge die Handlungsfähigkeit einschränken. Neben einem wahrgenommenen Des-

interesse in der Bevölkerung und fehlender Unterstützung durch Kommunalpolitik werden als sonstige Gründe die Pandemie (siehe dazu den folgenden Abschnitt), knappe personelle Ressourcen in der KuF und bei Fachkräften insbesondere im ländlichen Raum, Projekt- anstelle von nachhaltiger Strukturförderung und Fluktuation der Aktiven, insbesondere der Jugendlichen,

genannt. Um die Programmziele der einzelnen Träger-schaften (besser) erreichen zu können, wird die Notwendigkeit eines breiteren Dialogs und der Wunsch nach einer gemeinsamen Strategie, die eine erfolgreichere Bürgerbeteiligung und -aktivierung zum Ziel hat, artikuliert.

TABELLE 4

FAKTOREN, DIE DIE HANDLUNGSFÄHIGKEIT SUBJEKTIV EINSCHRÄNKEN (ANGABE IN PROZENT)

Antwortmöglichkeit	Modellprojekte (n = 8)	PfD (n=19)
Finanzierung	0	5,3
Bürokratie	25	89,5
(fehlende) regionale Vernetzung	0	21,2
(fehlende) überregionale Unterstützung	0	5,3
Fehlende kommunale Unterstützung	0	42,1
Desinteresse der Bevölkerung	0	26,3
Sonstiges	87,5	38,1

HERAUSFORDERUNGEN DURCH DIE PANDEMIE

Als eine der größten Herausforderungen, mit denen sich die Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte aktuell konfrontiert sehen, sind die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen zur Eindämmung derselben zu nennen. Die Projektträger stellen in Folge dieser Maßnahmen insbesondere organisatorische Herausforderungen fest, die vor allem den persönlichen Austausch, das Netzwerken und die sozialen Interaktionen untereinander betreffen. Die Bedingungen der Pandemie erschweren die Beteiligungs- wie auch die Integrationsarbeit der Befragten enorm und führen zu großen Planungsunsicherheiten. Einigen Einrichtungen fiel es in den vergangenen zwei Jahren schwer, junge Menschen in den Jugendforen zu aktivieren. Zudem sind technische Ausstattung und digitale Infrastruktur teils mangelhaft und führen zu Problemen bei der Durchführung von Onlineformaten. Andere Projektträger sehen zukünftig in bestimmten digitalen Formaten allerdings auch ein großes Potential. Da jedoch eine Vielzahl an prozessorientierten Projekten digital nicht umzusetzen sei, liegt (bzw. lag) mancherorts die Beteiligungsarbeit vollständig brach und die Zielgruppen blieben unerreicht. Corona-Schutzmaßnahmen erschweren Präsenzformate oder sorgen dafür, dass Projekte gar nicht erst durchgeführt werden können oder weniger Teilnehmende erscheinen. Ehrenamtlich Engagierte würden darüber hinaus ihre Arbeit einschränken.

Für die Befragten ist es schwer, mit dem Infektionsgeschehen in der Pandemie und den sich häufig ändernden Maßnahmen zurechtzukommen und dabei ihrem Arbeitsanspruch gerecht zu werden. Um den Corona-Stillstand zu überwinden und bislang nicht erreichte Gruppen einzubinden, steht eine stärkere Kinder-, Jugend- und Bürgerbeteiligung im Fokus der Projektträger. Ausgefallene Projekte aus dem Jahr 2021 sollen in diesem Jahr nachgeholt werden.

Die Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte stellen schließlich eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft in Folge der Corona-Pandemie fest, die ihre Arbeit zusätzlich vor große Herausforderungen stellt.

TEILHABE VON GEFLÜCHTETEN

Ein sehr positives Ergebnis der Befragung ist, dass die Mehrheit der Befragten von vielfältigen sowie mindestens guten bis ausreichenden Teilhabemöglichkeiten für Geflüchtete in ihrer Region berichtet (beide Kategorien zusammengefasst 80 %), die nach Einschätzung der meisten teilnehmenden PfD gut angenommen werden (85 %). Was die Haltung der lokalen Bevölkerung gegenüber Geflüchteten betrifft, so sehen wenige Befragungsteilnehmende diese als vorrangig offen (10 %) oder vorrangig ablehnend (20 %). Ein gutes Drittel der Befragten nimmt eine Gleichgültigkeit der Bevölkerung wahr (35 %), ein knappes Drittel eine Polarisierung zwischen Offenen und Ablehnenden (30 %).

WAHRNEHMUNG DER EXTREMEN RECHTEN

Schwerpunkt der zivilgesellschaftlichen Demokratietarbeit in Sachsen ist seit Jahrzehnten die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Entsprechend zentral ist das Thema für unsere Befragung wie auch in der Wahrnehmung der Befragten. Die folgenden Auswertungen beziehen sich nur auf die Partnerschaften für Demokratie, da wir den Modellprojekten Fragen mit räumlichem Bezug nicht gestellt haben. Es wäre unklar gewesen, ob sich die Antworten auf ganz Sachsen oder bestimmte Regionen beziehen. Da die Pfd das Gebiet des Freistaats annähernd abdecken, erhalten wir so aber ein gutes Gesamtbild.

CORONA ALS THEMA DER RECHTEN

Das Thema „Corona-Politik“ stand 2021 auch bei extrem rechten Akteuren im Mittelpunkt. Alle Befragten verzeichnen Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in ihrer Region, die meisten regelmäßigen Protest. Nach Einschätzung der Befragten übernehmen dabei in den meisten Fällen bekannte Akteure der extremen Rechten die Rolle der Veranstaltenden oder sind zumindest regelmäßig beteiligt. Die Partei der Freien Sachsen, die zu Protesten aufruft und diese koordiniert, war laut den Befragten zudem der aktivste Akteur der extremen Rechten in den letzten zwölf Monaten.

Diese Einschätzung geht mit dem geteilten Wunsch der Pfd und Modellprojekte nach einem besseren Monitoring der extremen Rechten und insbesondere der Onlinekanäle der Freien Sachsen einher. Ein solches Monitoring wird inzwischen am EFBI mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung durchgeführt (siehe Kiess et al., 2022) und bestätigt die Wahrnehmung der Befragten, dass extrem rechte Akteure die Pandemie sehr gut zu nutzen wissen, die Freien Sachsen die zentrale Rolle spielen, ein in der Fläche und lokal ausdifferenziertes Netzwerk von Telegram-Gruppen und -Kanälen existiert und dies zu einer Polarisierung in der Bevölkerung beiträgt.

VIELE, GUT VERNETZTE AKTEURE

Die Befragten nehmen eine Vielzahl miteinander gut vernetzter Akteure der extremen Rechten wahr, die in ihren Strukturen sachsenweit organisiert und aktiv sind. Dort, wo eine höhere Bedrohung wahrgenommen wird, wird tendenziell auch die Vernetzung unter den extrem rechten Akteuren als höher eingeschätzt. Pfd, die die extrem rechte Vernetzung nicht beurteilen können, nehmen hingegen weniger Gewalttaten und Bedrohungen aus dem Spektrum wahr. In offenen Gesprächen sollte geklärt werden, ob dies an mangelnden Einblicken in die Szene liegt oder tatsächlich eine niedrige Aktivität extrem rechter Akteure vorliegt. Neben den Freien Sachsen (und der sachsenweit aktiven AfD, die wir nicht abgefragt haben) sind die NPD, der III. Weg, aber auch die sogenannte Reichsbürgerszene, die Identitäre Bewegung und Neonazi-Kameradschaften in einer größeren Anzahl an

Regionen aktiv (Tabelle 5). Nur zwei Pfd berichteten von keinen Akteuren in der Region.

TABELLE 5

EXTREM RECHTE AKTEURE (MEHRFACHNENNUNG MÖGLICH, ANGABE IN PROZENT, N = 19)

Akteur	Anteil
Dritter Weg	47,4
Freie Sachsen	63,2
NPD	47,4
andere Partei	26,3
Freie Kameradschaft	26,3
Identitäre Bewegung	36,8
Extrem rechte Bürgerinitiative	5,3
Extrem rechte Hooligans	26,3
Extrem rechter Kampfsport	21,1
Reichsbürgerszene	47,4
Völkische Siedlerinnen und Siedler	21,1
Sonstige (z.B. Pegida)	26,3
Keine	10,5

17 von 19 Pfd berichten über wiederholt stattfindende extrem rechte Demonstrationen und Proteste innerhalb der letzten zwölf Monate (zwei Pfd konnten dies nicht beurteilen). Neben dem Thema „Corona-Politik“ sind vor allem die Themenfelder „Asyl/Migration“ und „nationale Erinnerungsarbeit“ laut Ergebnis der Situationswahrnehmungen im Fokus der extremen Rechten. Acht der 19 Befragten können Orte nennen, die der extremen Rechten in den jeweiligen Regionen als Anlaufstellen dienen. An dieser Stelle verweisen wir auf die Dokumentation durch das Kulturbüro Sachsen, die eine Übersicht und Analyse extrem rechter Immobilien bereitstellt und die kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren Hilfestellung bieten kann (Kulturbüro Sachsen, 2021; Nattke et al., 2022). Elf von 19 Befragten verzeichneten in ihrem Zuständigkeitsbereich ein- bis mehrmals im Jahr stattfindende Veranstaltungen wie Konzerte, Veranstaltungen oder Netzwerktreffen extrem rechter Akteure. Sieben Befragte berichten zudem vom Zuzug völkischer Siedler oder dem gezielten Ankauf von Immobilien.

BEDROHUNGSLAGE AUF HOHEM NIVEAU

Neben der Vielzahl an extrem rechten Akteuren, die vielerorts präsent und gut miteinander vernetzt sind, ergab die Befragung zudem eine hohe (wahrgenommene) Bedrohungslage durch extrem rechte. Keine der Befragten Pfd konstatiert im Zeitraum der letzten beiden Jahre eine schwächer gewordene Bedrohungslage durch die extreme Rechte. Ganz im Gegenteil stellen zehn von 19 Pfd eine Verschlimmerung der Situation fest (vier können es nicht einschätzen, fünf berichten von einer gleichblei-

benden Lage). Knapp die Hälfte berichten von regel- bis unregelmäßigen körperlichen Angriffen auf Personen durch extrem Rechte in der Region. Sieben der 19 teilnehmenden Pfd berichten von Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen, acht berichten von Vandalismus. Rechte Raumnahme in Form von Propaganda durch Graffiti, Aufkleber oder Plakate stellen mit 16 von 19 nahezu alle Partnerschaften für Demokratie in ihrer Region fest.

Interessanterweise halten sich jene Pfd, die eine höhere Bedrohung wahrnehmen, selbst auch für handlungsfähiger (es besteht eine schwach signifikante Korrelation

der beiden Variablen). Es könnte demnach sein, dass das Engagement gegen Rechts die demokratische Zivilgesellschaft mobilisiert. In Tabelle 6 sind die Antworthäufigkeiten zu den verschiedenen, von uns abgefragten Formen extrem rechter Bedrohung aufgelistet. Die Zahlen der RAA Sachsen zu rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt in Sachsen bestätigen diese Wahrnehmungen (Hübler, 2022). Zur digitalen Mobilisierung der Freien Sachsen verweisen wir auf unser Online-Monitoring (Kiess et al., 2022) sowie den Überblick, den eine Broschüre des Kulturbüro Sachsens bietet (Kulturbüro Sachsen, 2022).

TABELLE 6

FORMEN EXTREM RECHTER BEDROHUNG (ANGABE IN PROZENT, N = 19)

Aktivität	Ja, unregelmäßig (weniger als monatlich)	Ja, regelmäßig (monatlich)	Ja, häufig, (alle paar Wochen)	Ja, sehr (wöchentlich, häufiger)	Nein	Weiß nicht
Kommt es zu gewalttätigen Übergriffen auf Personen?	33,3	4,8	9,5	-	14,3	38,1
Kommt es zu anonymen Drohschreiben in Form von E-Mails und Nachrichten oder Personen/Telefonanrufen gegen Einrichtungen aus der Zivilgesellschaft?	23,8	9,5	4,8	4,8	9,5	47,6
Kommt es zu Sachbeschädigungen/Vandalismus an Büros, Gebäuden, Räumen etc. der Zivilgesellschaft?	23,8	4,8	9,5	4,8	28,6	28,6
Spielt rechte Propaganda in Form von Plakaten, Graffiti, Aufklebern, Flyern o.Ä. in Ihrer Stadt/ Region eine Rolle?	38,1	-	14,3	33,3	9,5	4,8

REAKTIONEN DER BÜRGERSCHAFT

Folgt man den Einschätzungen der Befragten, so ist die Bevölkerung in den meisten Orten zwar sensibilisiert bezüglich rechter Akteure in ihrer Region, doch haben viele Menschen Angst vor Konflikten. Dem Auftreten der extremen Rechten in den letzten zwölf Monaten steht die Mehrheit der Bürgerschaft oft gleichgültig gegenüber. Große Sensibilität und ein breites Engagement der Bürgerschaft ist demnach in nur einer Region/Stadt vorhanden, Sensibilität vorhanden sei in 13 Regionen/Städten, in fünf Regionen/Städten herrscht nur geringe Sensibilität vor und zwei Pfd-Vertreter bzw. -Vertreterinnen können dies nicht einschätzen. Die Befragten beschreiben gleichzeitig eine vermehrte Polarisierung zwischen Unterstützung der extremen Rechten und deren Ablehnung. Mehr als ein Drittel der Befragten berichtet von Kooperationen extrem rechter Akteure mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik aus Stadt- und Gemeinderäten. Diese gehören in den meisten Fällen selbst der AfD, der NPD oder den Freien Sachsen an.

Die Partnerschaften für Demokratie merken weiter an, dass Ungleichwertigkeitsvorstellungen nicht nur durch extreme Rechte vertreten werden, sondern zugleich auch aus der sogenannten bürgerlichen Mitte der Gesellschaft kommen. Dies steht im Einklang mit Untersuchungen wie den Leipziger Autoritarismus Studien (zuletzt Decker/Brähler, 2020), die seit 2002 darauf hinweisen, dass antidemokratische Einstellungen nicht nur in randständigen sozialen Milieus vorzufinden sind.

Die Etablierung extrem rechter Akteure in der Bürgerschaft in einigen Regionen ist vielfältig dokumentiert und befördert sowohl extrem rechtes Wahlverhalten (Kiess/Dilling 2021) als auch die Festigung neonazistischer Strukturen, etwa des III. Weges in Plauen (Kulturbüro Sachsen, 2020). Wie Befragte in der offenen Frage am Ende des Fragebogens anmerkten, sei mancherorts obendrein ein Mangel an Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger festzustellen. Auch sehen sich die Befragten durch die massive Verbreitung von Verschwörungserzählungen, Antisemitismus und Rassismus in weiten Teilen der Gesellschaft herausgefordert.

WEITERE AUTORITÄRE BEDROHUNGEN IN SACHSEN

Unsere Befragung umfasste neben der Wahrnehmung extrem rechter Akteure und deren Aktivitäten auch weitere demokratiefeindliche Vorkommnisse. Dazu gehören neben dem übergreifenden Thema Antisemitismus auch die islamistische Szene und linke Militanz sowie diverse Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF). Ausgangspunkt für die Abfrage antisemitischer wie auch LGBTIQ-feindlicher, antifeministischer, religiös-fundamentalistischer (christlich wie islamisch), antimuslimischer sowie antiziganistischer Vorkommnisse war, dass entsprechende Ideologien als Scharnier zwischen Bevölkerungsmehrheit und antidemokratischen Milieus fungieren können. Gemeinsam ist ihnen ein antimodernes Ressentiment (siehe Kiess et al., 2020; Höcker et al., 2020), das sich gegen die vermeintlichen „Boten“ und Repräsentanten der Moderne richtet – und damit Gefährdungen einer imaginierten heilen Welt abwehren will. Das Ressentiment richtet sich dann wahlweise z.B. gegen emanzipierte Frauen, Jüdinnen und Juden oder gegen Menschen mit nicht der vermeintlichen Norm entsprechenden sexuellen Identitäten.

ANTISEMITISMUS

Explizit antisemitische Propaganda in regel- bis unregelmäßiger Erscheinung nahmen zehn der 19 Befragten wahr. Einige berichten zudem von körperlichen und verbalen Angriffen (3) aus antisemitischer Motivation sowie – häufig – von Sachbeschädigungen (14). Die Befragungsergebnisse veranschaulichen darüber hinaus, dass die Täterschaft zwar oft unklar ist, aber in den meisten Fällen der extremen Rechten zufällt: Auf diese entfallen sieben Nennungen gegenüber einer von Angriffen mit einem islamistischen Hintergrund, zwei von Angriffen mit Nahost-Bezug und keiner Nennung einer linken Motivation. Der Antisemitismus führe in manchen Regionen dazu, dass Jüdinnen und Juden Angst davor haben, ihre religiöse Zugehörigkeit öffentlich zu erkennen zu geben. In Bildungseinrichtungen seien zudem unter Jugendlichen antisemitische Ressentiments verbreitet.

ISLAMISMUS UND LINKE MILITANZ

Über die Hälfte der Befragten (elf von 19) spricht der islamistischen Szene keine oder kaum Relevanz zu. Vier Befragte halten sie für relevant, aber unauffällig. Die restlichen vier können die Relevanz nicht beurteilen. Ob die islamistische Szene in der Region präsent ist, können neun der Befragten nicht einschätzen; drei erleben sie in der eigenen Region als präsent und zwei beobachten unregelmäßige öffentliche Aktionen. Hier ist beispielsweise von antisemitischen Angriffen mit islamistischem Hintergrund die Rede. 13 konnten im vergangenen Jahr keine Aktivitäten feststellen, vier können dies nicht einschätzen.

Vier Befragte berichteten zudem von linker Militanz, die sich in Spontanaktionen zum Thema Wohnungsnot, genereller Kapitalismuskritik und entsprechenden Aufklebern bis hin zu einem Buttersäure-Anschlag äußerten. Islamismus und linke Militanz werden zwar vereinzelt beobachtet, stellen im Gegensatz zum Rechtsextremismus jedoch keine flächendeckende und regelmäßige Bedrohung dar.

ABWERTUNG ANDERER

Ein relativ hoher Anteil der Befragten kann zu Vorkommnissen in den folgenden Kategorien keine Angaben machen. Die zweithäufigste Nennung erreichen mit knapp 21 % Vorkommnisse, die sich gegen LGBTIQ (Lesben, Schwule sowie bi-, trans-, intersexuelle und queere Menschen) richten. Hier wird von körperlicher Gewalt und massiven Bedrohungen berichtet, aufgrund derer sogar öffentliche Veranstaltungen (z.B. Christopher Street Days) nur mit Schwierigkeiten oder nur noch als geschlossene Veranstaltungen umgesetzt werden konnten. Des Weiteren wurden von jeweils zwei Pfd antimuslimische und antifeministische Aktionen beobachtet. Von christlich-fundamentalistisch motivierten, rassistischen sowie von antiziganistischen Vorkommnissen berichtete jeweils eine Pfd.

BEDARFE

Die Pfd und die Modellprojekte sind, so ein Ergebnis unserer Befragung, stärker auf eine nachhaltige Strukturförderung und mehr personelle Kontinuität angewiesen. Insbesondere im ländlichen Raum wünschen sich Befragte zusätzliche Fachkräfte, um effektiv arbeiten zu können. Ein zentraler Wunsch der Pfd ist der landesweite Austausch über best practices und Projektideen. Des Weiteren solle ein vielfältiger Dialog über die Programmziele dazu beitragen, mehr Bürgerinnen und Bürger anzusprechen und beteiligen zu können. Bedarf besteht hierbei auch vereinzelt in der methodischen Schulung der Mitarbeitenden. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, die durch die massive Verbreitung

von Verschwörungsideologien entstehen, sollen landkreisweite Jugendbeteiligungs- und Handlungsstrategien in Zusammenarbeit mit den Verwaltungsämtern konzipiert werden. Dass die Handlungsfähigkeit der Befragten durch das hohe Maß an Bürokratie eingeschränkt wird, haben wir bereits oben erwähnt. Der Abbau dieser Hürden, die unter anderem in Form von unterjährig wechselnden Dokumentationsanforderungen seitens des Bundes oder praxisfernen Berichtspflichten auftreten, wurde uns in Auswertungsgesprächen nochmals als unbedingt notwendig beschrieben.

Die befragten Projekte artikulieren zudem Bedarf an einem sachsenweiten Monitoring zu extrem rechten Akteuren und Vorkommnissen, das sich aus einer gemein-

samen Datenerfassung aus Zivilgesellschaft, Ordnungsämtern und Polizei speisen soll. Speziell hervorgehoben wird hierbei der Telegram-Kanal der Partei der Freien Sachsen. Ansätze für ein solches Monitoring existieren seit Kurzem (Kiess et al., 2022), die Vernetzung und der Austausch zwischen den Akteuren muss allerdings noch

weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus sind die befragten PfD wie auch die Modellprojekte auf eine – wie immer wieder betont wird – unterstützende Verwaltung und eine aktive Bürgerschaft angewiesen, um nachhaltig durch ihre Arbeit in die Gesellschaft wirken zu können.

ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSS

Unsere Auswertung stellt als zentrales Ergebnis heraus, dass die PfD und Modellprojekte im Hinblick auf ihre (selbst wahrgenommene) Handlungsfähigkeit und Wirksamkeit stark von ihrem Umfeld abhängen. Sie sind dabei auf eine offene Bürgerschaft genauso angewiesen wie auf eine unterstützende Verwaltung. Umgekehrt erschweren ablehnende Haltungen und eine extrem rechte Hegemonie die Arbeit für die Demokratie. Grundsätzlich ist es schwierig, die Wirksamkeit der PfD und Modellprojekte objektiv zu messen und im Maßstab eines Bundeslandes mit all seinen Faktoren, Hintergründen und Kräfteverhältnissen zu beurteilen. Vor Ort können die Projekte und ihre Netzwerkarbeit aber für demokratisch Engagierte einen entscheidenden Anreiz bieten, sich weiter einzusetzen. Hierfür sind subjektive Einschätzungen, wie sie die Befragung erfasst, ein wichtiger Indikator. Ein von den PfD häufig genanntes Problem ist die hohe Last an Bürokratie, für die Modellprojekte ist dies hingegen nicht zentral. In Folgebefragungen wollen wir diesen Aspekt genauer betrachten, um die Problematik in einem Zeitverlauf darstellen zu können: Nimmt der bürokratische Aufwand eher zu oder ab? Und welche Auswirkungen hat dies auf die Fortführung der bestehenden PfD bzw. des bestehenden Modellprojekts?

Die extreme Rechte bestätigte sich als die größte Bedrohung für die Demokratie in Sachsen: Berichtet wird von beobachteten Übergriffen, Demonstrationen und weiteren Aktivitäten extrem rechter Parteien und Organisationen. Rechtsextremismus wird also nicht als Randphänomen wahrgenommen, vielmehr sind Demonstrationen und Propagandaaktivitäten – verstärkt durch die Teilnahme entsprechender Akteure an Corona-Protesten – flächendeckend im Freistaat zu beobachten. Daneben reichen rassistische, antisemitische und/oder LGBTIQ-feindliche Einstellungen auch in die sogenannte bürgerliche Mitte und es wird ebenfalls von Angriffen berichtet, die von Personen aus dem „bürgerlichen“ Milieu ausgehen.

Dieser Bericht soll nicht nur Akteuren der Zivilgesellschaft bei der Reflexion ihrer Arbeit helfen und als Argumentationsgrundlage für ihre wichtige lokalpolitische Arbeit dienen. Mit der Folgerhebung im Herbst 2022 ergibt sich auch die Möglichkeit, die Situationswahrnehmungen der Akteure fortzuschreiben und Veränderungen im Jahresvergleich nachzuzeichnen. Auch aktuelle Entwicklungen und thematische Schwerpunktsetzungen lassen sich dann aufnehmen. Am EFBI arbeiten wir zudem in sozialraumnahen, qualitativen Forschungsprojekten an Fragestellungen, die zu den von den PfD und Modellprojekten angeführten Herausforderungen Erkenntnisse versprechen. Nicht zuletzt können wir Ergebnisse dieser Befragung (und der Folgebefragungen) in unsere Offline- und Online-Monitoringaktivitäten einfließen lassen.

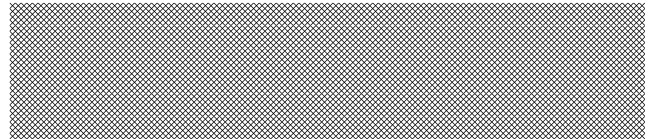
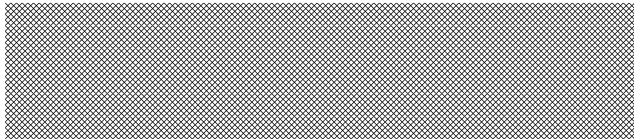
LITERATUR

- Amadeu Antonio Stiftung (2019). An Demokratieförderung spart man nicht. Schon gar nicht jetzt. Breites Bündnis fordert mehr Geld für Demokratieförderung. URL: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/an-demokratieforderung-spart-man-nicht-schon-gar-nicht-jetzt-breites-buendnis-fordert-mehr-geld-fuer-demokratieforderung-50795/> (Stand: 15.02.2022).
- Brähler, E., & Decker, O. (Hrsg.) (2020). Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Gießen: Psychosozial.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020a). Abschlussbericht Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Erste Förderperiode (2015–2019). URL: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/163918/47d5ff4772d24554do187e3cb34ea6df/abschlussbericht-demokratie-leben-erste-foerderperiode-2015-2019-data.pdf> (Stand: 15.02.2022).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020b). Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerdergrundsaeetze/200813_Grundsaeetze_der_Foerderung_Kommune.pdf (Stand: 23.02.2022).
- Höcker, C., Pickel, G., & Decker, O. (2020). Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In E. Brähler & O. Decker (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität (S. 249–282). Gießen: Psychosozial.
- Hübler, A. (2022). Zur Lage rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021 (S. 175–188). Leipzig: edition überland.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) (2019). Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015–31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. URL: https://camino-werkstatt.de/downloads/Abschlussbericht_WB_PfD_2019.pdf (Stand: 15.02.2022).
- Kiess, J., Heller, A., Decker, O., & Brähler, E. (2020). Verbreitung und Struktur eines Weltbilds. In E. Brähler & O. Decker (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität (S. 211–248). Gießen: Psychosozial.
- Kiess, J., Nissen, S., Wetzel, G., & Winkler, B. (2022). EFBI Digital Report 2022-0 (Pilotausgabe). Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Kiess, J., & Dilling, M. (2022). Mein rechter, rechter Platz ist frei In welchen sächsischen Gemeinden sind extrem rechte Parteien besonders stark und was schützt davor? In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021 (S. 119–137). Leipzig: edition überland.
- Knauth, M., & Nattke, M. (2022). Fehlendes Hausverbot. Die Nutzung von Immobilien durch die extreme Rechte in Sachsen. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021 (S. 203–221). Leipzig: edition überland.
- Kulturbüro Sachsen (2020): Der III. Weg in Sachsen. Monitorium Rechts, Heft 4. Dresden.
- Kulturbüro Sachsen (2021): Rechte Orte in Sachsen. Sachsen rechts unten, Heft 7. Dresden.
- Kulturbüro Sachsen (2022): Die Freien Sachsen (hrsg. mit Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.). Monitorium Rechts, Heft 5. Dresden.

AUTORINNEN UND AUTOREN

Dr. Johannes Kiess ist stellvertretender Direktor des EFBI und leitet dort eine Nachwuchsgruppe sowie den Bereich Monitoring extrem rechter Mobilisierung in Sachsen. *Sophie Bose, M.A.*, ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Ostdeutsche Umbrucherfahrungen, Strukturwandel, Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt bilden ihre Forschungsinteressen.

Nikolas Dietze ist angehender Masterabsolvent der Politikwissenschaft und als wissenschaftliche Hilfskraft am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Aktuell forscht er im Rahmen seiner Abschlussarbeit zu Raumnahmestrategien der extremen Rechten am Beispiel der Region Leisnig.

IMPRESSUM

Redaktion: Dr. Johannes Kiess, Pia Siemer
Lektorat: Tilman Meckel
Gestaltung: Markus Dreßen
Textsatz: Markus Dreßen, Pia Siemer
Redaktionsschluss: 01. Mai 2022
Druck: Merkur Druck, Leipzig
www.efbi.de



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Research Centre Global
Dynamics | ReCentGlobe



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.